Ideologische Aufrüstung

DER WELTWEITE VERTEIDIGUNGSFALL DEMOKRATISCH VORBEREITET

5 Zwar werden auch in der demokratischen Bundesrepublik die staatstragenden Massen nicht gefragt, ob, wann, wo, wie und wofür sie den nächsten Krieg denn gerne hätten. (Gefragt werden sie etwas ganz anderes: ob sie lieber mit SCHMIDT oder mit STRAUSS das "vor uns liegende Krisenjahrzehnt" in Angriff nehmen wollen!) Das wäre ja auch noch schöner, wenn die Staatsgewalt die Freiheit in der Verwendung ihres Menschenmaterials, die sie sich im Falle des 10 Ernstfalls herausnimmt, von den Abwägungen dieses Materials abhängig machen wollte. Dazu ist viel zu klar, daß die Masse der Bürger, die dann zu marschieren haben, weder über eigene Ölquellen am Persischen Golf noch über befreundete Souveräne in aller Welt verfügt, die alle nur um der Verteidigung deutscher Lebensinteressen willen "geschützt" werden müssen. Deswegen verläßt eine aufgeklärte demokratische Obrigkeit sich auch nicht auf die Entdeckungen ihrer demokratischen Kriegs- und Friedensforscher über einen tief im Menschen verankerten Trieb zur 15 Unfriedfertigkeit; und auch der Vorstellung, Kriege würden schon - quasi von selber -"ausbrechen", wenn es an der Zeit ist, hängt sie nicht an. Sie läßt es sich nicht nehmen, jede erdenkliche Sorte von Krieg selber bis ins Kleinste vorzubereiten; und dem Personal, das diese Kriege dann zu führen hat, schenkt sie keinen Monat Wehrdienstzeit, den sie nötig findet, um sicher zu sein, daß die Soldaten im Ernstfall ohne Zögern und ohne zu fragen jede nötige 20 Brutalität gegen sich und den vorgeschriebenen Feind aufbringen und auf Befehl schießen und sich erschießen lassen

Undemokratisch ist das alles aber nicht; ganz im Gegenteil. Denn gerade weil die gewählte Staatsgewalt sich in ihren Entscheidungen über Krieg und Frieden keineswegs von ihren Untertanen abhängig macht, ist es umso wichtiger, daß diese für die Entscheidungen ihrer politischen Führer das nötige Verständnis und Einverständnis entwickeln; denn immerhin müssen sie sich ja die Freiheit der Staatsgewalt im Ernstfall gefallen lassen. Demokratische Freiheit heißt eben, daß die Staatsgewalt die Maßnahmen, die sie zur zweckdienlichen Verwendung ihres Volks trifft, diesem selben Volk zu ganz freiwilliger Zustimmung unterbreitet. Und diese Bereitschaft des Volkes zum Einverständnis mit seiner Obrigkeit will gepflegt sein - um so sorglicher, je zielstrebiger die zuständigen Souveräne eine kriegerische Entscheidung ihrer Konflikte ansteuern.

25

30

35

40

Wir kommen der Sache schon näher: Politiker sorgen sich um den Weltfrieden

Es ist deswegen sehr aufschlußreich, wenn zur Zeit in zunehmendem Maß die verantwortlichen Führer der deutschen Nation - die sich inzwischen ohne Vorbehalte und falsche Scham auch wieder so nennen lassen auf Kundgebungen und im Fernsehen vor ihrem Volk auftreten und sich in Beteuerungen ergehen, wie *gefährlich* die Lage ist, wie *sorgenvoll* sie die aktuellen Konjunkturen der Weltpolitik beurteilen und wie emsig sie sich *für den Frieden* einsetzen. Denn mit allem, was *Politiker* als Grund einer zunehmenden *Kriegsgefahr* ihrem Volk mitteilen, geben sie über nichts anderes Auskunft als darüber: welche Umstände *für sie* hinreichende Gründe sind,

einen *Krieg z* u *führen*. Und die Dinge, die unseren deutschen Politikern, ihren eigenen Verlautbarungen zufolge, *einen Krieg wert* sind, liegen, wie jeder weiß, sehr verstreut in der Welt. Alle Besorgnis bundesdeutscher Staatslenker um den Weltfrieden beruhen auf der Selbstverständlichkeit, daß die BRD, gemeinsam mit den USA, außer ihrer wirklichen Grenze noch eine zweite Grenze hat, die sie nicht überschreiten lassen will - und die fällt zur Zeit zusammen mit den Grenzen Jugoslawiens, Pakistans, erfreulicherweise seit einiger Zeit auch Chinas und überhaupt der ganzen Welt, soweit die Rote Armee sich dort nicht schon zu Hause fühlen kann. (Die Aussichten sind nicht schlecht, daß demnächst auch Rumänien zur Kriegsgefahr ernannt wird - und auch, wie schon vor acht Monaten, Kuba, sobald es die USA opportun finden, sich über sowjetische "Kampfbrigaden" zu ärgern.)

5

10

15

20

25

30

An dieser beträchtlichen Ausdehnung, die das bundesdeutsche Veiteidigungsareal gewonnen hat - streng im Rahmen des NATO-Bündnisses, versteht sich -, gibt es zwei falsche Kritiken: Den Vorwurf, die BRD ließe sich mit der öffentlichen Bekundung ihrer weltweiten Interessen auf "imperialistische Abenteuer" ein; und den eher entschuldigenden und jedenfalls von einem sehr idyllischen Nationalismus beseelten Einwand, sie ließe sich von den USA in *deren* "imperialistische Abenteuer" hineinziehen. Ja, wenn das alles wäre! Den Einlassungen der bundesdeutschen Staatsführung ist jedenfalls mit aller Deutlichkeit zu entnehmen, daß es sich erheblich schlimmer verhält:

- Wo immer die Regierung eine "Kriegsgefahr" erblickt, sieht sie diese als die Notwendigkeit einer Verteidigung der Nation. Vom Abenteuer einer Ausdehnung deutscher Macht und Herrlichkeit in entlegenere Weltgegenden kann also überhaupt nicht die Rede sein: Überall, wo die Rote Armee nicht für eindeutige Verhältnisse gesorgt hat - und zum Teil schon innerhalb dieses Bereiches -, ist die bundesdeutsche Staatsmacht schon präsent. Nur weil sie auch schon ohne Militär über die ganze nicht "sozialistische" Welt als ihre politische Einflußsphäre und also Gegenstand "vitaler" wirtschaftlicher Interessen praktisch verfügt, stellt diese ganze Welt, je nachdem wie die Konkurrenz mit der Sowjetunion sich dort gestaltet, einen einzigen immerwährenden Kriegsgrund dar, und will immerzu weltweit der Verteidigungsfall kalkuliert sein. Nicht wegen irgendwelcher Angriffsgelüste ihrer Politiker und Militärs ist die Bundesrepublik eine lebensgefährliche Angelegenheit, sondern deswegen, weil ihr Kriegsministerium zu Recht Verteidigungsministerium heißt. Deswegen hat jeder Versuch der Sowjetunion, ihrerseits botmäßige Souveräne zu installieren und dadurch Einfluß zu gewinnen bzw., näher an der Wahrheit, verlorenen Einfluß, insbesondere den "Verlust" Chinas an den Westen, zu kompensieren, mit einer zum tödlichen Ernstfall entschlossenen Gegnerschaft der BRD zu rechnen.
- Daß die BRD sich diese Stellung allerdings nur im Rahmen des westlichen 35 Verteidigungsbündnisses und unter Anführung der USA leisten kann, nimmt nicht das Geringste davon weg, daß es durchaus ihre imperialistische Weltgeltung ist, die sie sich auf diese Weise leistet: als treuer Vasall der USA, der sich des Eigennutzes seiner Treue wohl bewußt ist. Nichts ist alberner als antiamerikanische Tränen über die arge Abhängigkeit "unserer" niedlichen und friedlichen Republik von der westlichen Vormacht. Diese 40 Abhängigkeit ist die politische, militärische und ökonomische Geschäftsgrundlage jener imperialistischen Weltgeltung, auf die gerade die linksliberalen bundesdeutschen Kritiker der USA so stolz sind - und die den zuständigen Massen die heiße Perspektive eröffnen, ihr Vaterland auf dem ganzen Globus verteidigen zu dürfen, ganz so, wie die USA sich ihrerseits das deutsche Bundesgebiet zum Schauplatz der Verteidigung ihrer imperialistischen Freiheit 45 ausersehen und es entsprechend ausgerüstet haben. Mit allem, was sie heute darstellt, ist die BRD eben nicht Opfer, sondern Partner des westlichen Imperialismus und will das auch sein -

bis zur letzten Konsequenz, wie die Sorgen bundesdeutscher Staatslenker um den Weltfrieden nur allzu deutlich bezeugen.

Bedächtige Staatsmänner betonen Kriegsgefahr

5

10

15

20

25

30

35

Es gibt also in der Tat nicht den geringsten Widerspruch zwischen den offiziellen Beschwörungen einer "von niemandem eigentlich gewollten" zunehmenden "Kriegsgefahr" und der öffentlichen Zurschaustellung bundesdeutscher Entschlossenheit, im "Ernstfall" das Nötige zu tun. Es ist die Art demokratischer Staatsmänner, ihre Zweckmäßigkeitserwägungen in Sachen Krieg dem geschätzten Volk vorstellig zu machen als ein Argument für ihre Politik, die im Prinzip friedliebend ist, aber so ohnmächtig, daß man sich u.U. der Weltpolitik, die man macht, nicht wird widersetzen können. Des Rückhalts in der Bevölkerung sind sie sich dabei sicher - so sicher, daß sie die Beteiligung der BRD an der Kriegsvorbereitung des Westens zum Wahlkampfthema machen und sich damit in Szene setzen.

So hat H. Schmidt, der "Macher", inzwischen eine Qualität dazugewonnen, die der ersten in nichts nachsteht: seit einiger Zeit ist er "bedächtiger Staatsmann".

Bei der öffentlichen Debatte um die Problematik des Friedens ist eins allerdings von vornherein jedem klar: daß nicht sie das tatsächliche Verhalten der BRD in der "Weltkrise " bestimmt. Der Schein der Wichtigkeit einer demokratischen Öffentlichkeit für die Entscheidungen der Regierung wird bei diesem Thema gar nicht erst verbreitet geht es doch hier zuallererst darum, den politischen Repräsentanten, die gewählt sind, um statt der Bürger die Geschicke des Landes zu bestimmen, keine Schwierigkeiten bei der Erfüllung dieser verantwortungsvollen und größtenteils hinter verschlossenen Türen erledigten Aufgabe zu machen.

Was dem Bürger mit dem Gerede vom Krieg, der "vor der Tür steht", und vom Frieden, der "gefährdet" ist und "gerettet" werden muß, an Argumenten geboten wird, sind nichts anderes als Kriegsbegründungen, zwischen denen er wählen und sich frei entscheiden darf.

Mit wehrhafter Armee gegen Kirchhofsfrieden

So ist das öffentliche Vorführen und Würdigen der Streitmacht wieder in Mode. Seit geraumer Zeit zeigen sich Politiker einvernehmlich mit hohen Militärs den Pressefotographen, und der geheime Charakter ihrer Absprachen wird öffentlich betont. Das Militär, das sich sonst vornehm im Hintergrund hält, ist wieder im Blickpunkt und wird auf seine Einschätzung der Lage hin befragt. Die Fachleute in Sachen Krieg halten sich in der Beantwortung vorwitziger Fragen zurück, verraten immerhin, daß es noch nicht so weit sei und jede Aufregung überflüssig, und daß die konventionellen Streitkräfte, mit denen es losgeht, verstärkt werden sollen. Und sie halten Vorträge vor Politikern und Wissenschaftlern, zitieren Clausewitz und betätigen sich als Theoretiker des Verhältnisses von Militär und Politik. General Jürgen Brandt vor dem Clausewitz-Forum:

"Wozu taugt das Militär - nur zum Krieg oder zur Sicherung des Friedens? - Wie kaum bei einer anderen Armee hat die Fragestellung in unserem Latlde dazu geführt, daß der Bundeswehr kurioserweise auch die Aufgabe zugewiesen wurde, ihre Existenzberechtigung gegenüber der Öffentlichkelt zu begründen."

Da es also immer noch Unverbesserliche gibt, die an Sinn und Zweck der Bundeswehr zweifeln, läßt sich der General - ganz im Bewußtsein der Kompetenz seines Amtes - gerne dazu herbei, für Millionen blutiger Laien ein paar klärende Worte zum Verhältnis von Politik und Militär zu sprechen. Die segensreiche Einrichtung der Trennung von beiden sorgt dafür, daß es zum Einsatz des Militärs nur kommt, wenn es wirklich opportun ist:

"Aufgabe der obersten militärischen Führung ist es..., durch sachgemäße Beratung sicherzustellen, daß die Politiker das militärische Instrument ihren Absichten gemäß ausgestalten.",

wofür durch die militärische Überlegenheit des Westens gesorgt ist, über deren Verwendungsmöglichkeiten regelmäßig Rapport erstattet wird:

"Das Militär hat seinen Beitrag durch Abschreckung von Angriffen mit Erfolg geleistet." Daß sich laut Brandt der Feind davon nicht abschrecken läßt, ist auch, aber weniger seiner Kriegswut und seinem "Anspruch, weltrevolutionäre Führungsmacht zu sein", geschuldet, als vielmehr seinem "übersteigerten (!) Sicherheitsbedürfnis". Deshalb ist schon rein militärtechnisch klar, daß die BRD auf der ganzen Welt zu verteidigen ist:

"...die Fixierung der Verteidigung auf die direkte, unmittelbare Bedrohung und das NATO-Territorium reicht zur Friedenssicherung heute nicht mehr aus." Schließlich geht es um den Frieden, und unserer hat unbestreitbar eine höhere ethische Qualität als der russische:

"Zur Definition des Friedens gehört offenbar auch eine Aussage zur angestrebten Ordnung. Das Schicksal Afghanistans hat uns das Verständnis der Sowjetunion vor Augen geführt... Bedingungslosen Frieden kennen auch wir - wie die gesamte NATO - nicht. Erst Frieden in Freiheit ist für uns das höchste Gut. Unterwerfung schafft keinen Frieden, ausgenommen Kirchhofsfrieden... Nur hierin ist die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie begründet."

Die Auslassungen des Generals über das Verhältnis von Militär und Politik sind also nichts anderes als die Ergänzung der Regierungspropaganda. Freiheit hier - Unfreiheit drüben: wenn das kein schöner Kriegsgrund ist! Es spricht für die Fortgeschrittenheit der Meinungsbildung in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, daß sich bei diesem Thema die übliche Palette der Grundwerte auf die allerabstraktesten - Frieden und Freiheit - zurückzieht, für die dann wiederum, wie es ganz umstandslos ausgesprochen wird, kein Preis zu hoch ist.

Scharf wie die Tiere

Nur zu wahr also sind die Worte unseres Verteidigungsministers -

"Die Bundeswehr benötigt kein Feindbild" -,

insofern die Parteinahme für den freiheitlichsten Staat, den es je auf deutschem Boden gab, das schönste Feindbild ist. Wo seine Argumentation unsauber wird und vernachlässigt, daß zum Töten auf Befehl das Wissen gehört, daß drüben der persönliche Feind und nicht der Kirchhofsfrieden abgeschossen werden muß, springt sein Vorgänger Leber in die Bresche

20

10

15

25

30

40

35

"Wir brauchen unsere jungen Männer nicht zu lehren, andere zu hassen, um ihnen den Sinn ihres Dienstes zu vermitteln und sie abzurichten und scharf zu machen wie Tiere, damit sie entschlossen genug sind, andere zu beißen, wenn es ihnen befohlen wird." (Leber "Vom Frieden"!)

Wie beruhigend, daß "unsere" Soldaten all das erledigen, ohne noch extra dafür "scharf gemacht" werden zu müssen! Ein durchaus gelungener Beitrag zur Debatte "Feindbild, ja oder nein", der von vornherein klarstellt, daß das Problem keins ist. Warum auch sollten wir Deutsche kein Feindbild zustandebringen, wenn die demokratischen Amerikaner heute noch ihre deutschen Freunde in den Filmen gerne als blond, Nazis und in Lederhosen vorstellen. Die bekannten Volksvorurteile über die "Mentalität" anderer Nationen, die von Journalisten sorgsam gepflegt und verbreitet werden, enthalten ja schon in ihrer in Friedenszeiten gemäßigten Fassung alles Notwendige für den Kriegsfall: der russiche Bär, gutmütig bis schwerfällig, wird wild im Krieg, vergewaltigt vorzugsweise deutsche Frauen; der Ami, kaugummifressend, natürlich bis ungebildet, rücksichtslos bis unverschämt, glaubt, er kann sich in der Welt alles erlauben.

Der Soldat will geliebt sein

5

10

15

20

25

Zu einer Zeit, in der die politischen Köpfe die Feindbild-Frage in die Öffentlichkeit tragen, bleibt auch die Neuorientierung der Diskussion über die Rolle der Bundeswehr in der Gesellschaft nicht aus. In deren Verlauf konnte Verteidigungsminister Apel, den böswillige Zungen seinerzeit verdächtigten, er sei für diesen Posten ungeeignet, weil Zivilist und "eingefleischter Pazifist", inzwischen nachhaltig das Gegenteil beweisen. Er braucht mittlerweile keine Bügelfalte mehr am Arsch, weil er gelernt hat, denselben so zackig zusammenzukneifen, daß er sich von keinem 12-ender mehr etwas vorzumachen lassen braucht. In seiner Rede auf der 24. Kommandeurstagung hat er mit dem Mißverständnis aufgeräumt, daß die Öffentlichkeit mit der Bundeswehr ihren Frieden schließen sollte in Form der Duldung eines notwendigen Übels.

Die Phrase vom "Staatsbürger in Uniform", nach der der Soldat deswegen geachtet sein wollte, weil er ein Mensch wie jeder andere ist, ist überholt. "Teil der Gesellschaft" zu sein heißt heute für den Soldaten, daß er

"der Gesellschaft verständlich machen und vorführen (muß), was die Gesellschaft ihm, dem Soldaten schuldet." (Apel)

Die Aufforderung zum Respekt vorm Soldaten enthält unüberhörbar das Verlangen nach Anerkennung des Soldaten als Modellbürger, weshalb die Regierenden auch die Literaten zur stärkeren Berücksichtigung des Soldaten ermuntern und die öffentliche Vereidigung von Rekruten mit Glanz und Gloria zur Regel gemacht wird. Die alten Tugenden des Soldaten sind wieder als schätzenswerte Eigenschaften in der Debatte, von Apel heuchlerisch vorgetragen als das richtigere Verständnis der noch vor kurzem gültigen Auffassungen über das Wesen eines rechten Soldaten:

"Es muß so bleiben, daß der Staatsbürger in Uniform den Mut hat, seine Meinung zu sagen.

Aber: Unser Grundgesetz wendet sich nicht an einen Menschen, der geprägt ist von ungehemmtem Egoismus, unbegrenzter Individualität, sondern es lebt von einem Menschenbild, das den Menschen zeichnet als Teil unserer Gesellschaft, als Teil einer Gemeinschaft, die dem einzelnen Rechte gibt, ihm aber auch Pflichten auferlegt. Deswegen müssen wir von uns allen Selbstkritik fordern, wenn Individualitat zu Disziplinlosigkeit führt, wenn Individualität in Geltungssucht umschlägt...

Da wir vor dem Gesetz gleich sind, gleiche Rechte haben, muß auch die Möglichkeit gegeben sein, innerhalb der Bundeswehr unserer Selbstverwirklichung, der Entwicklung unseres Individuums, näherzukommen. Das zersetzt keineswegs das Prinzip von Befehl und Gehorsam."

Man sieht, Apel ist ehrlich bemüht und recht gewieft darin, die wehrkraftzersetzende Wirkung aller Flausen über die Demokratie in der Bundeswehr, an die sowieso so recht niemand glaubt, zu beschwören, ohne allzu direkt von früheren Lügen Abstand zu nehmen. So wenig allerdings vor ein paar Jahren der Wehrdienst in zwangsloser Diskussion und politischer Meinungsbildung im Kreise der Kameraden bestand, so wenig hängt heutzutage das "Prinzip von Befehl und Gehorsam" davon ab, daß Apel Kommandeuren auf einer Tagung erzählt, darauf käme es auch an.

Sterben für Bonn!

5

10

15

20

25

30

35

40

Die Proklamationen von Kampfmoral, Kameradschaftsgeist etc., also all der Tugenden des Drills und der Selbstaufgabe, "einer für alle - alle für einen", die üblicherweise in Soldatenzeitungen publiziert werden, werden an die Öffentlichkeit gebracht, um sie die Hochachtung für diesen Stand zu lehren. Die ZEIT startet eine Umfrage bei der Bundeswehr, diesem "ungeliebten Kind", das also nicht nur verteidigt werden muß, sondern dem man neuerdings - wo doch wirklich nicht unbekannt ist, welche Annehmlichkeiten sich mit ihm verbinden - noch mit Begeisterung entgegentreten soll. "Sterben für Bonn?" ist das Thema - das Wegstreichen des Fragezeichens Ausgangspunkt und Resultat dieser Suche nach dem idealen Soldaten. Harmonische Ergänzung des Lobs der Bereitschaft zur Selbstaufgabe im Dienste des Vaterlands ist die Sorge um den "Geisteszustand" der deutschen Soldaten. An vorderster Front sorgt sich Verteidigungsminister Apel:

"Für den Soldaten ist es schwieiig, angesichts der komplizierten Weltlage, die nach Afghanistan nicht leichter geworden ist, die eigene berufliche Motivation zu finden. Manchem hilft die Faszination der Technik, die Faszination der Geräte, der Flugzeuge, der modernen Kettenfahrzeuge, der neuen Schiffe weiter."

Die übliche Werbung zum Soldatenberuf wird vor der Öffentlichkeit ausgebreitet und die Frage gewälzt, ob genügend an "Identifikationsmöglichkeiten" mit diesem Beruf, dem staatlich gebotenen Umbringen feindlicher Menschen, vorhanden sind. "Initiative", "Zivilcourage" und "Verantwortlichkeit" sind da unheimlich gefragt, die Innere Führung muß ihre "Menschenführung" verbessern und "Partnerschaft an die Stelle bewußtslosen Gehorsams setzen usw. usw. Nicht daß es auf so was im "Ernstfall" und auch sonst ankäme - im Krieg schießt man weniger, weil man dazu "motiviert" ist, sondern weil man sonst selbst dran glauben muß. Aber die Erörterung der notwendigen Qualifikationen zum Soldatenberuf sind eben dann fällig, wenn

unübersehbar klar ist, daß der Übergang zum *Soldaten* ansteht und in der Exekution ihres 'Berufs' die Soldaten ein weniges über die 'Faszination der Technik' hinauswachsen müssen.

Wieviel Verantwortung zum Schießen gehört

Die Öffentlichkeit steigt in die Debatte über den "eigentlichen Sinn" von Wehrdienst und den Charakter des Soldaten mit Begeisterung ein. Es gibt einen wahren Boom von Leserbriefen zu diesem in Mode gekommenen Thema. Sie reichen von faschistischen Sprüchen, die der Regierung Nachgiebigkeit vorwerfen, über hochintelligente Zuschriften von Intellektuellen, die sich in der einschlägigen Literatur darüber informiert haben, wie es denn eigentlich vor 1914 wirklich gewesen sei, und meinen, ihre Erkenntnisse der ungebildeten Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen, bis zu Beschwerdebriefen von Soldaten über "unnötige Kontrollen und Kleinigkeiten, die das Leben auf die Dauer erschweren":

"Die Armee, die ihre Soldaten nur durch Druck hinreichend motivieren kann, stellt sich ein Armutszeugnis aus... In vielen Fällen wird den Soldaten die eigene Verantwortlichkeit abgesprochen. Man hat den Eindruck, daß man wie ein Kleinkind behandelt wird, dem man jedoch andererseits ein Gewehr in die Hand gibt, und damit eine sehr große Verantwortung."

Die saubere Kritik am Gewaltcharakter der soldatischen Erziehung, wie sie in den üblichen Mosereien über "Schinderei" und "Spieß" geübt wird, wird hier gleich als Problem unterbewerteten Verantwortungsgeistes besprochen. Was dieser ideale Soldat will, ist eine Beförderung - ansonsten paßt ihm die Armee schon so, wie sie ist, ins Konzept. Selbst da, wo Angst vor dem Krieg artikuliert wird -

"Ich habe Angst vor Soldaten, die sagen: 'Da kommt dann keine Scheibe hoch, da kommt ein Mensch hoch - na und?' Ich habe Angst vor Soldaten, deren Vorgesetzter sagt: 'Wenn der Gruppenführer das Vertrauen der Leute hat und ein paar handfeste Kerle dabei sind, gehen alle mit.' Ich habe Angst vor Soldaten, die glauben: 'Drüben im Osten ist es anders. Zwang da drüben.' Am schlimmsten ist, diese Soldaten gibt es in Ost und West. Sie sagen und denken das gleiche." (Leserbrief zu "Sterben für Bonn?") -,

findet kein Angriff statt. Im Gegenteil: Der Schreiber bespricht den Krieg als eine Charakterfrage der dazu ausgebildeten und abkommandierten Soldaten. Den demokratischen Geist der Armee und ihren Reichtum an Tugenden, die Produkt der friedlichen Politik sind, will er nicht entdecken. In seinen Augen ist ein Krieg grundlos, weil er im Tod von Menschen hüben und drüben keinen "Sinn" sehen kann, und es kümmert ihn nicht, daß Politiker für die Durchsetzung ihrer Zwecke in Kriegs- und Friedenszeiten mit dem ihnen zu Gebote stehenden Menschenmaterial kalkulieren, wie es ihnen dienlich ist. Es ist schon verrückt, die eigene Angst vor dem Krieg zum Anlaß zu nehmen, sich nicht die Ursachen des Kriegs zu erklären, sondern sich als Bekenner aufzuführen - der eigenen Ohnmacht nämlich vor einer unverständigen Welt, die nicht die eigene Friedensapostelhaltung hat. Mit solcher Kritik stellt man allemal sich selbst ins moralische Abseits - denn für Frieden und verantwortliche Soldaten ist bekanntlich jeder.

15

20

25

30

35

Eine Karikatur...

5

10

15

25

30

35

Die Karikaturen zur Bremer Rekrutenverteidigung sind keine mehr, sondern positive Klarstellungen, um was es sich bei den angeblichen Demonstranten handelt: so was darf man - wenigstens bildlich - Wehrkraftzersetzung nennen.

(Abb. siehe GIF-Datei in diesem Brett. Anm. MG ARCHIV)

... und was man aus ihr lemen soll:

- 1. Die Bundeswehr besteht aus vereinzelten Soldaten in schlecht befestigten Erdlöchern: hilflos, defensiv und schlecht ausgerüstet.
- 2. Auf jeden Bundeswehrsoldaten kommen im Schnitt fünf, zu allem entschlossene, gut ausgerüstete und motivierte Demonstranten.
- 3. Gegen russische Panzer werden in der Regel Ferngläser eingesetzt.
- 4. Und selbst der Einsatz dieses Beobachtungsinstruments mißlingt, weil "die zweite Front" militant zuschlägt.

Stellt sich nur die Frage, wieso es unter solchen Verhältnissen überhaupt zu einer "ersten Front" kommen kann.

20 Ein notwendiger Versprecher

"Ohne Störung verlief heute die Verteidigung von 400 Rekruten der Bundeswehr. Hunderte von Feldjägern und Polizisten schützten die Veranstaltung...",

so versprach sich am 14.5. um 23.00 h im Bayerischen Rundfunk zum zweiten Mal ein Nachrichtensprecher. Gleich beim ersten Mal wurde öffentlich versichert, daß es sich keinesfalls um ein *peinliches* Versehen handelte, sondern daß hier nur die sonst so korrekte Zunge der staatlichen Gewaltgrundsätze überlief, derer das Öffentlichkeitsherz voll ist:

"Am Mittwochmorgen um sechs Uhr, beim Verlesen der Frühnachrichten, unterlief der Sprecherin von Radio Bremen ein bezeichnender Lapsus. "Bei der Verteidigung von 1200 Bundeswehrsoldaten ist es gestem abend zu schweren Krawallen gekommen", sagte sie, und nach einer kleinen Pause: "Verzeihung, bei der Vereidigung". So falsch war die erste Formulierung gar nicht. Hunderte von Polizeibeamten verteidigten am Dienstagabend junge Rekruten bei der Vereidigung im Weserstadion vor gewalttätigen Politrockern, die sich als Demonstranten bezeichneten. Es wurde eine blutige Schlacht." (Frankfurter Rundschau, 8.5.80)

Wenn schon für die theoretische Verpflichtung auf die staatliche Gewaltmaschinerie die Dialektik von unschuldiger, wehrloser Jugend (in der Bundeswehr) und Gewaltverbrechern (unter den Demonstranten) bedenkenlos ausgeschlachtet wird;

wenn schon die Störung solcher demonstrativer Militärfeierstunden in den Rang eines
 Verteidigungskampfes der Ordnung gegen diejenigen erhoben wird, deren Freiheit nach Carstens die wirkliche Jugend unserer Nation schützt;

wie selbstverständlich und jeden Preis wert ist dann erst die Verteidigung unserer Freiheit sans phrase gegen diejenigen, die mit ihrer vereidigten Jugend den Willen zur Gewalttätigkeit gegen die freiheits- und friedliebenden Bürger hierzulande demonstrieren.

Zweifrontenkriege gehen bekanntlich selten gut. Also klärt man zunächst die innere Front.

Deswegen war auch die Unterlassung der Korrektur beim zweiten Versprecher nicht bloß ein Versehen. Die Öffentlichkeit ist gegen jeden nicht genehmen Gebrauch der Meinungsfreiheit in der Generaloffensive; selbst dort, wo sie sich dessen nicht bewußt ist!